

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Anton, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorschriften ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bismarckstr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

Die Situation nach den Länderwahlen.

Am 24. April haben bedeutsame Wahlen zu den deutschen Länderparlamenten stattgefunden. Zugleich waren Landtags- und Gemeinderatswahlen in Oesterreich. Man konnte nun prüfen, in welcher Weise die Phrasen der faschistischen Partei, der Nazis, bei dem unpolitischen Volk Anklang und Gehör finden würden. Die Probe aufs Exempel ist gemacht worden! Die Nazis haben zu allen Länderparlamenten Deutschlands einen ungeheuren Stimmenzuwachs bekommen. Die bürgerlichen Parteien sind (außer dem Zentrum) fast vollständig aufgerieben. Als einzige rechtsstehende Partei von Bedeutung kommen nur noch die Nazis in Frage. Mit ihnen hat sich die Arbeiterbewegung in Deutschland hinfür auseinanderzusetzen.

Eine kurze Uebersicht über die Entwicklung in Preußen ergibt folgendes: Die Sozialdemokraten haben gegenüber der Reichstagswahl im September 1930 rund 300 000 Stimmen verloren, die Kommunisten ebensoviel. Das Zentrum hat 200 000 Stimmen gewonnen, die Deutschnationalen haben 400 000 Stimmen verloren, die Staatspartei 300 000, die Wirtschaftspartei 700 000, die Deutsche Volkspartei ebensoviel und alle übrigen Parteien sind vollständig ausgefallen. Entfiel früher auf je 40 000 Stimmen ein Mandat, so jetzt auf 50 000. Dies muß man beachten, wenn man die Mandatsziffern mit den früheren vergleicht. Die stärkste Partei sind heute die Nazis mit 162 Abgeordneten, es folgen die Sozialdemokraten mit 93, das Zentrum mit 67, die Kommunisten mit 57, die Deutschnationalen mit 31, die Volkspartei mit 7, die Staatspartei mit 2 und die Christlichsozialen mit 2.

Insgesamt wurden 423 Abgeordnete zum Preussischen Landtag gewählt. Die absolute Mehrheit beträgt mithin 212 Stimmen. Die Nazis, Deutschnationalen und Volkspartei, die man als die Rechte des neuen Preussischen Landtags ansprechen kann, bringen es insgesamt auf 200 Mandate. Sie haben also nicht die Mehrheit. Die bisherige Regierungskoalition (SPD., Zentrum und Staatspartei) ist zu einer Minderheit von insgesamt 162 Abgeordneten herabgesunken. Im alten Landtag hatten diese Parteien mit 230 Mandaten von insgesamt 450 die absolute Mehrheit. Im neuen Landtag ist weder eine Mehrheit der Rechten, noch eine Mehrheit der Linken möglich. Es wird also außerordentlich schwierig sein, eine Regierung zu bilden. Die Bildung einer Regierung wäre möglich, wenn das Zentrum mit den Nazis zusammenginge. Eine Regierung wäre auch möglich, wenn die Kommunisten die bisherige Regierung unterstützten, worauf aber wahrscheinlich nicht zu rechnen sein wird. Mithin eine verworrene Lage!

In den übrigen Länderparlamenten sieht es etwas anders aus. Der Bayerische Landtag zeigt durch den Zuwachs der Nazis ebenfalls ein anderes Gesicht. Auch hier wurden die bürgerlichen Parteien von den Nazis fast vollständig zerrieben. Die Nazis wurden zur zweitstärksten Partei, die Sozialdemokratie rückte an die dritte Stelle. In Württemberg erfolgte ebenfalls eine starke Zunahme der Nazistimmen und -mandate; das gleiche war in Anhalt zu verzeichnen. In Anhalt ist eine Rechtsregierung möglich, während in Bayern und in Württemberg die bisherigen Regierungsmehrheiten unerschüttert sind. Die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft erbrachten eine Stärkung der Linken. Die SPD. konnte ihren Mandatsstand von 46 auf 49 vermehren. Die Staatspartei gewann ebenfalls 4 Mandate, die KPD. verlor 9 Mandate.

Die Sozialdemokraten in Oesterreich haben sich gut geschlagen. Sie haben ihren Besitzstand fast überall zu halten gewußt. Die Gegner hatten alles darauf angelegt, die Position der Sozialdemokraten in Wien zu schwächen. Dieser Angriff wurde vollständig abgeschlagen. Die Partei besitzt 66 Prozent der Mandate im Parlament, also die unerschütterliche Mehrheit.

Bei der Bewertung der verflorenen Wahlen interessiert wohl am meisten die Preußenwahl. Hier bleibt eine große Frage offen:

Nazidämmerung oder Nazipleite?

Soviel scheint uns nämlich doch sicher zu sein, daß die Hitlerdemagogen nun nicht mehr länger kneifen können. Im Reichstag konnten sie sich noch ungestrast den Spaß erlauben, mit ihren 107 „Diätenschluckern“ sich einfach der politischen Mitarbeit zu entziehen. Von ihren 162 Abgeordneten im Landtag aber werden ihre Wähler doch etwas mehr erwarten und auch verlangen, als nur Diäten schlucken und im übrigen zu Hause im Sessel sitzen und die nächsten Wahlen abwarten. Und nicht nur ihre Wähler werden das tun, sondern vor allem auch ihre Geldgeber. Die Nazis werden sich vor die Frage gestellt sehen, ob sie wirklich durch praktische politische Arbeit an die Einlösung ihrer Wahlversprechen herangehen sollen oder aber riskieren können, ihre Wähler und Geldgeber auf weitere vier Jahre zu verströfen.

Und wenn auch nur die Hälfte ihrer Wähler und ihrer Geldgeber nicht ganz politisch verblödet und reif fürs Irrenhaus ist, dann müßte ihnen das Risiko einer Verströfung auf die Zeit nach weiteren vier Jahren oder gar noch länger den sicheren Verfall bringen. Die Kapitalisten verlangen nämlich jetzt doch allmählich auch „Ware“ für ihr schönes Geld — um mit Goebbels zu reden —, und die Naziwähler, die ihre bisherigen Parteien der völligen Vernichtung auslieferten, so daß für das Bürgertum ja die Nazipartei nur fast allein übriggeblieben ist, fordern selbstverständlich Erfüllung alles dessen, was ihnen ihre alten Parteien nicht zu bringen vermochten. Die Schadenfreude darüber, daß die Nazis mit den letzten Wahlen in diese Zwidmühle hineingeraten sind, überwiegt mit Recht bei uns bei weitem die Unzufriedenheit über das Resultat für unsere eigene Partei. Warum Schadenfreude?

Nun, wer marschiert denn heute hinter Hitler in der Führung als Förderer oder Geldgeber und damit in der Hoffnung auf Teilhaberschaft im „Dritten Reich“ her? Es sind alle uns wohl bekannten Mächte im alten Preußen, die sich plötzlich als National-, Sozialisten“ drapieren. Da sind die Großgrundbesitzer des Ostens, die Grafen Eulenburg, Zedlitz, Kalkreuth, die Herren Rhenpitz und Köckeritz, die sich das braune Heind überwarfen, damit das Volk keine alten Pappenheimer nicht so recht erkennt. Da sind die Generale und Admirale, die Vögmann, von der Holz und Epp, die sich eine Weile nicht oenten können, in der das Volk vor ihren roten Aufschlägen nicht strammstehen will. Da sind die Prinzen und Fürsten, die August Wilhelm und Friedrich Wilhelm, Fürst von Lippe, Herzog von Coburg, die plötzlich alle Mitglieder der „Arbeiter“partei geworden, ehe sie noch richtig zum Arbeiten gekommen sind. Da sind die Schamerindustriellen von Thyssen und Kirdorf bis zum ganzen Reichsverband der deutschen Industrie, die schon in Harzburg dem Gefreiten Hitler brüderlich die Hände drückten. Alles, was im alten Preußen und Deutschland die Reaktion verkörperte, erscheint heute unter dem Hakenkreuz wieder und erträumt sich im „Dritten Reich“ das alte Preußen mit seiner Entrechtung der Armen, seiner Bevorzugung von Bildung und Besitz (d. h. des Geldsacks) und seiner Vorherrschaft der „besseren Rasse“ (d. h. des Adels) und seiner Unterwerfung aller übrigen Volksschichten.

Und wer stellt die Millionenmassen der Naziwähler?

Es sind dies die kleinen Landwirte und Kötter, die Handwerker, Händler, kleinen Geschäftsleute, die freien Berufe, die Angestellten und — leider! — auch große Teile der Handarbeiter. Und wie haben die Nazidemagogen diese Wählermassen gewonnen?

Das Naziprogramm.

Sie versprochen:

- a) den Bauern höhere Preise, b) den Städtern niedrigere Preise;
- a) den Kapitalisten niedrigere Löhne, b) den Arbeitern höhere Löhne;
- a) den Mietern niedrigere Mieten, b) den Hausbesitzern höhere Mieten;
- a) den Großgrundbesitzern höhere Zölle, b) den Arbeitern Beseitigung der Zölle;
- a) den Kapitalisten Herabsetzung der Sozialversicherungsbeiträge, b) den Arbeitern höhere Unterstützungssätze;
- a) den Angestellten Beseitigung der Parteiherrschaft, b) den SA-Leuten Beseitigung aller Staatspöstchen.

Das ganze sollte zum Ueberfluß eingeleitet werden durch „eine Nacht der langen Messer“, „Körperrollen“ usw.

Und nun? Wir werden sehen! Aber wir werden nicht nur sehen, sondern vor allem auch handeln. Jetzt gilt es erst recht, mit aller uns zu Gebote stehenden Möglichkeit den Kampf gegen diese Volksfeinde und Abenteuerer weiterzuführen. Jetzt erst wird Gelegenheit sein, diesen politischen Geschäftemachern die Maske vom Gesicht zu reißen. Tagtäglich müssen wir durch Zeitungen und in Versammlungen den Naziwählern die Versprechungen der Hitlerdemagogen in Erinnerung rufen. Ob sie in die Regierung kommen werden oder nicht, spielt hierbei gar keine Rolle. Von 162 Abgeordneten, die eine einzige Partei stellt, muß unbedingt und auf alle Fälle aktive und positive politische Arbeit verlangt werden. Diesen Gedanken müssen wir vor allem im Volke lebendig machen, damit jeder Versuch der Nazis, unter Umständen die Taktik des Kneifens wie im Reichstag anzuwenden, sofort auf den ganzen Protest ihrer Wähler stößt.

Deshalb: So oder so, die Sache fängt an, wieder zu einem ehrlichen politischen Spiel zu werden. Daß die

Nazis dabei nicht am besten fahren werden, erscheint uns heute schon sicher. Wir fürchten nur, daß diese Wendung die Arbeiterschaft noch mehr Opfer kosten wird, als sie bisher schon an die wirtschaftliche und politische Krise leisten mußte. Aber daran ist nichts zu ändern, das Volk hat es so gewollt! Und das ist vielleicht der einzige Trost dabei, daß gerade die Kreise des Volkes, die das Gros der Naziwähler stellen, — der geschäftliche Mittelstand und die Beamten, ihren Nazifanatimus noch am teuersten bezahlen werden. Das gilt nicht nur in politisch-moralischer, sondern auch in direkt materieller Hinsicht.

Daß sich nach erfolgter Nazidämmerung das schaffende Volk wieder bald zusammenschließt, und daß damit insbesondere die sozialdemokratische Bewegung wieder bald ihre alte Machtposition zurückerobert, ist heute schon sicher. Ebenso sicher aber ist dann, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft ihren politischen Gegenspielern und den Nazikonjunkturenwählern in den obengenannten Kreisen ihr Verhalten in des Volkes schmerzester Zeit nicht so leicht vergessen wird! Und all die Kreise, die heute gegen uns sind, werden gar bald erfahren, daß sich die geschichtliche Entwicklung nicht rückwärts revidieren läßt. Die Zukunft gehört der Arbeiterschaft und dem Sozialismus! Und nur unter dem Deckmantel einer sozialistischen Arbeiterpartei konnte Hitler so viele Anhänger einsaugen. Sie werden ihn ebenso schnell wieder verlassen, wie die Eingefangenen erkennen, daß sie politischen Betrügnern ins Garn gelaufen sind. Und diese Erkenntnis zu fördern und zu beschleunigen, ist die Aufgabe, die uns nach den Wahlen zur Lösung gestellt ist. Im Vordertreffen dieses Kampfes werden nach wie vor die Gewerkschaften stehen, womit die beste Garantie für den endgültigen Sieg über alle Arbeiterfeinde gegeben sein wird.

Wie lähe ein neuer Reichstag aus?

Die Telegraphen-Union hat — auf der Grundlage der Länderwahlen vom 24. April — Berechnungen darüber angestellt, wie ein neuer Reichstag aussehen würde, wenn — heute Neuwahlen im Reiche stattfänden. Da ein Teil der Länder am 24. April nicht gewählt hat und nicht ohne weiteres eine vollkommen einheitliche Entwicklung der Parteien in allen Ländern angenommen werden kann, sind bei solchen Berechnungen immerhin gewisse Fehlerquellen vorhanden. Trotzdem ist das Ergebnis der Berechnungen der Telegraphen-Union recht aufschlußreich, wenn auch nicht in dem Sinne, in dem es von der Reichspresse und von den Parteien der Rechten ausgelegt wird, die aus ihm gerne die Notwendigkeit einer Reichstagsauflösung herleiten möchten.

Ein Vergleich der Mandatszahlen im heutigen Reichstag mit den mutmaßlichen Zahlen in einem heute neu gewählten Reichstag sieht, politisch gruppiert, folgendermaßen aus:

| | Heutiger Reichstag | Neugewählter Reichstag |
|---|--------------------|------------------------|
| Sozialdemokraten | 136 | 129 |
| Zentrum | 68 | 70 |
| Bayerische Volkspartei | 19 | 21 |
| Staatspartei | 14 | 11 |
| Wirtschaftspartei | 21 | 6 |
| Bauernpartei | 6 | — |
| Volksnationale | 6 | — |
| Christlichsoziale | 21 | 8 |
| Deutschhannoveraner | 3 | 1 |
| Brüning-Mehrheit zusammen | 294 | 246 |
| Kommunisten | 78 | 70 |
| Sozialistische Arbeiterpartei | 6 | — |
| Linksopposition zusammen | 84 | 70 |
| Landvolk | 18 | 7 |
| Deutsche Volkspartei | 30 | 8 |
| Deutschnationale | 41 | 34 |
| Nationalsozialisten | 110 | 212 |
| Rechtsopposition zusammen | 199 | 261 |
| Zusammen | 577 | 577 |

Dieses Ergebnis einer fiktiven Reichstagswahl im jetzigen Zeitpunkt bedeutet, daß zwar die jetzige Brüning-Mehrheit zu einer Minderheit werden würde, weil sie von 577 Mandaten nicht mehr 294, sondern nur noch 246 hinter sich hätte. Das bedeutet aber weiter, daß auch die Rechte weit von der Mehrheit entfernt wäre, weiter sogar als im Preussischen Landtag, denn sie ist nur um die 15 Mandate stärker als die Brüning-Parteien, die auf die schwanfenden Mittelgruppen, auf Landvolk und Deutsche Volkspartei, entfallen. Rechnet man diese Stimmen zu den Brüning-Parteien hinzu, dann sind diese um 15 Mandate stärker als die Rechtsopposition.

In einem neugewählten Reichstag wäre also nahezu ein Gleichgewicht der Kräfte vorhanden und die Entscheidung läge bei den Kommunisten. Von einer Rechtsmehrheit jedenfalls ist gar nicht die Rede und das einzige Resultat einer Neuwahl wäre, daß man auch im Reiche vor der Unmöglichkeit einer Mehrheitsbildung stünde. Die Versuche der Rechten, mit dieser theoretischen Berechnung eines mutmaßlichen neuen Reichstags Argumente für die Auflösung beizubringen, sind somit alles eher als überzeugend.

Regierung und Arbeitszeitverkürzung.

Da zur Zeit im Reichsarbeitsministerium wieder Pläne er- wogen und besprochen werden über Neuordnung der deutschen Arbeitszeitverhältnisse, dürften nachstehende Aus- sührungen von Dr. F. Sighler, Ministerialdirektor im Reichs- arbeitsministerium, interessieren, die wir einem Aufsatz von Sighler im Aprilheft der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ entnehmen:

Wenn man die Frage aufwirft, in welcher Weise und mit welchem Erfolg die Reichsregierung von den ihr durch die Not- verordnung vom 5. Juni 1931 übertragenen Befugnissen über die Neuregelung bestehender Arbeitszeitverhältnisse Gebrauch gemacht hat, so muß man zunächst feststellen, daß von vornherein nicht daran gedacht war, auf Grund der Notverordnung sofort für eine große Zahl von Industrien Arbeitszeitbeschränkungen vorzuschreiben. Schon in der amtlichen Verlautbarung bei Ver- öffentlichung der Notverordnung war darauf hingewiesen wor- den, daß die Durchführung in erster Linie „im Wege frei- williger Vereinbarung“ erfolgen solle. Demgemäß benutzte das Reichsarbeitsministerium die neuen Vorschriften, um bei einer Reihe von Industrien, bei denen eine Arbeitszeitung erfolgreich schien, auf eine solche hinzuwirken. Im Laufe der Monate Juni und Juli 1931 wurde insbesondere mit dem Baugewerbe, Vertriebsfertigungsgewerbe, der Papierindustrie, der Industrie der Steine und Erden, dem Braugewerbe, der chemi- schen Industrie und dem Holzgewerbe verhandelt. Der Erfolg war nur ein teilweiser. Im Braugewerbe kam es allge- mein, in der chemischen Industrie, der Industrie der Steine und Erden und im Berliner Bau- gewerbe in erheblichem Umfang zu tarifvertraglichen Arbeits- zeitverkürzungen. Im übrigen scheiterten die Verhandlungen teils an betriebstechnischen und wirtschaftlichen Bedenken der Arbeitgeber, teils an dem Verlangen der Gewerkschaften nach Lohnausgleich.

Das Reichsarbeitsministerium bereite nun eine Anzahl von Verordnungen vor, in denen die Arbeitszeit zwangsweise herab- gesetzt werden sollte. Zum Erlaß dieser Verordnungen ist es aber bisher nicht gekommen. Der Grund für dieses vorsichtige Vorgehen lag zum Teil darin, daß infolge des Fortschreitens der Krise und der freiwilligen Arbeitszeitung die Zahl der noch voll arbeitenden Betriebe mehr und mehr abnahm und damit eine erhebliche Auswirkung auf dem Arbeitsmarkt immer zweifel- hafter erschien. Hauptsächlich war es aber die Lohnentwicklung, die ein zwangsweises Vorgehen verhinderte. Insbesondere die allgemeine Herabsetzung der Löhne und Gehälter im Dezember 1931, die die Arbeitsverdienste durchschnittlich um fast 10 Prozent verringerte, ließ es unmöglich erscheinen, der Arbeiterschaft gleich- zeitig weitere Verdienstopfer zuzumuten. Das Reichsarbeits- ministerium beschloß daher, seine Bestrebungen bis auf weiteres einzustellen und zunächst einmal abzuwarten, wie sich die Ent- wicklung der Löhne und Preise auf Grund der letzten Notver- ordnung gestalten werde. Die Gewerkschaften, insbesondere die freien, scheinen allerdings mit dieser Stellungnahme keineswegs einverstanden zu sein. Sie verlangen nach wie vor ein energisches Vorgehen auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung und nach der gesunkenen Lage dürfte es mehr als wahrscheinlich sein, daß die Angelegenheit schon in kurzer Zeit erneut in Fluß kommen wird. Zum mindesten wird mit einer weitgehenden Einführung der Genehmigungspflicht für Mehrarbeit zu rechnen sein.

Förderung des Krümpersystems.

Will ein Betrieb mehr Arbeiter beschäftigen, als bei nor- maler Arbeitszeit der Belegschaft möglich wäre, so kann er dies dadurch erreichen, daß er die tägliche oder wöchentliche Arbeits- zeit der einzelnen Arbeitnehmer verkürzt. Zu demselben Zwecke kann er aber auch die Arbeitszeitverkürzungen der einzelnen Ar- beiter zu größeren Zeiträumen zusammenfassen, in denen diese dann völlig frei von Arbeit sind, so daß also in periodischem Wechsel stets ein bestimmter Teil der Belegschaft die Arbeit aus- setzt. Eine derartige Arbeitseinteilung, die man in Deutschland neuerdings als „Krümper- system“ zu bezeichnen pflegt, bietet die Möglichkeit, ohne ständige Neubesezung der einzelnen Arbeitsposten eine über den Arbeitsbedarf des Betriebes hinaus- gehende Zahl von Arbeitnehmern, wenn auch mit zeitweisen Unterbrechungen, zu beschäftigen. Eine Vermehrung des Ar- beitsvolumens im ganzen tritt dadurch natürlich nicht ein. Die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten kommen aber einer größeren Zahl von Arbeitnehmern als bisher zugute. Es werden neue Arbeiter in den Wirtschaftsprozess eingeschaltet, die sonst vielleicht noch lange arbeitslos geblieben wären, die Arbeitslosigkeit wird auf breitere Schultern verteilt und so der Arbeitsmarkt entlastet. Der Umfang der möglichen Belegschaftsvermehrung hängt von dem Verhältnis der jeweiligen Dauer der Beschäftigung zu der jeweiligen Dauer der Unterbrechung ab. Praktisch kommen so- wohl im Interesse des Betriebes wie auch der Arbeitnehmer nur Systeme in Betracht, bei denen die Beschäftigungsdauer ein mehr- faches der Unterbrechungsdauer beträgt. Im allgemeinen wird die Zahl der jeweils Ausgehenden zwischen einem Viertel und einem Zehntel der Belegschaft, und die Dauer der Arbeitsunter- brechung zwischen einer Woche und einem Monat schwanken.

Das Krümper-System ist in Deutschland schon in den letzten Jahren da und dort zur Einführung gelangt. Seine weitere Verbreitung scheiterte aber daran, daß die Arbeitnehmer wäh- rend der Zeit der Arbeitsunterbrechung keinerlei Unterstützung bezogen. Gewiß war es für sie wertvoll, mit der Wiederauf- nahme der Arbeit zu einem bestimmten Termin rechnen zu können. Aber die Arbeitslosenversicherung sah Arbeitnehmer, die eine Verpflichtung zur Wiederaufnahme der Arbeit über- nahmen, nicht als arbeitslos an, sondern macht die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung davon abhängig, daß der Unter- stützte sich ohne jede Einschränkung dem Arbeitsmarkt zur Ver- fügung stellte. Unter diesen Umständen lehnten die Arbeitnehmer die Verpflichtung zur Wiederaufnahme der Arbeit im allge- meinen ab, und der Arbeitgeber konnte nicht darauf rechnen, sich durch Einführung des Krümper-Systems seine eingearbeitete Belegschaft bestimmen zu erhalten.

Diese Schwierigkeiten suchte die Notverordnung vom 6. Okt. 1931 dadurch zu beseitigen, daß sie die Gewährung einer, wenn auch der Höhe nach beschränkten Arbeitslosenunterstützung wäh- rend der Dauer der Arbeitsunterbrechung zuließ. Voraussetzung ist das Bestehen einer Vereinbarung des Arbeitgebers mit der Betriebsvertretung (Betriebsrat, Arbeiterrat oder Angestellten- rat), die eine hinreichende Gewähr für die ordnungsmäßige Durchführung des Krümper-Systems, und zwar in längstens mo- nathlichen Zeitabschnitten, bietet. Da eine Betriebsvertretung nur für Betriebe vorgeschrieben ist, die in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen, kommt eine Förderung des Krüm- per-Systems aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung bei kleineren Betrieben nicht in Frage. Zu dieser Beschränkung führten die gleichen Ermägungen, die auch bei der Kurzarbeiterunterstützung zur Ausschaltung der Kleinbetriebe geführt haben.

Die Entscheidung darüber, ob eine Krümperunterstützung zu gewähren ist, steht dem Präsidenten des Landesarbeitsamts zu, der sie auf den Vorsitzenden des Arbeitsamts übertragen kann. Er bestimmt auch die Höhe der Unterstützung, wobei er die Hälfte des sonst zuständigen Betrages nicht überschreiten, aber von der Einhaltung einer Wartezeit absehen darf.

Die finanzielle Auswirkung der Maßnahme für die Arbeitslosenversicherung hängt davon ab, welcher Teil der vermehrten Belegschaft ohne die Einführung des Krümper-Systems wirklich als arbeitslos hätte unterstützt werden müssen. Soweit dies der Fall wäre, erspart die Versicherung mindestens die Hälfte ihrer Aufwendung. Andererseits entsteht eine gewisse Mehr- belastung der Versicherung dadurch, daß nun mehr Arbeitskräfte als bisher die Anwartschaft auf versicherungsmäßige Leistungen erwerben können. Es besteht ferner die Gefahr, daß ein Betrieb eine bereits vorhandene, die Versicherung bisher nicht belastende Form der Arbeitsstreckung ohne Neueinstellung von Arbeitslosen in ein Krümper-System umwandeln und dadurch die Arbeitslosen- versicherung belasten könnte. Um diese Gefahr zu beseitigen, schrieb die Notverordnung vor, daß der im Betrieb arbeitende Teil der Belegschaft ohne Berücksichtigung des jeweils ausgehen- den Teils nicht wesentlich geringer sein soll, als die durchschnitt- liche Belegschaft in der letzten Zeit vor der Einführung des Krümper-Systems.

Die neue Regelung scheint die Verbreitung des Krümper- Systems gefördert zu haben, wenn sich auch die volle Auswirkung

zur Zeit noch nicht übersehen läßt. Einen der wichtigsten An- wendungs-fälle bildet die Vereinbarung über die Arbeitszeit in niederschlesischen Steinkohlenrevier.

Die wichtigsten Bestimmungen dieser im „Reichsarbeits- blatt“ 1931 Seite 230 abgedruckten Vereinbarung sind folgende:

A. Allgemeines.

Die Gruben des Waldenburg-Neuroder Reviers... werden beginnend ab 1. Oktober ihre Belegschaften in folgender Wei- se beschäftigen:

1. Die Belegschaftsziffer wird so abgestellt, daß sie um ein Sechstel größer ist als die Belegschaft, die erforderlich wäre, um die für den Abzug notwendige Kohle möglichst ohne Einlegung von Feterschichten zu fördern.

2. In jedem Monat wird ein Siebentel der Gesamtbele- gschaft für die Dauer eines Monats werkseurlaubt.

3. Um das Verfahren einzuspielen, erfolgt die Abstellung der Belegschaft auf sieben Sechstel.

B. Ferien.

1. In der Zeit des Werkurlaubs erhält der Arbeiter jeweils die Hälfte der ihm nach dem Tarifvertrag für zwölf Arbeits- monate zustehenden Ferien bezahlt...

F. Arbeitsaufnahme nach dem Werkurlaub.

1. Bei Wiederaufnahme der Arbeit nach beendetem Werk- urlaub hat jeder Arbeiter Anspruch auf Wiedereingruppierung in die tarifliche Lohngruppe, der er vor Eintritt des Werkurlaubs angehört hat...

G. Kündigungs- schutz während des Werkurlaubs.

Während des Werkseurlaubs dürfen Kündigungen an die Beurlaubten mit Ausnahme solcher Fälle, die zur fristlosen Entlassung berechtigten, nicht ausgesprochen werden.

Privatkapitalistische Katastrophenvirtschaft beim Kalkonzern Burbach

Berschwiegene Schulden, dafür hohe Dividenden.

Bereits Mitte Februar d. J. haben wir uns eingehender mit der Lage des Kalkonzerns Burbach befaßt und gleichzeitig seine komplizierte Struktur infolge der sinnlosen Ge- sellschaftsvermehrungspolitik seines Beherrschers, Kommerzien- rats Dr. Korte, näher beleuchtet. Damals wiesen wir schon auf die ungeheure Schuldenlast des Konzerns hin, mit der nach unserer Vermutung die Hauptverwaltung Burbach GmbH, unter Bürgschaftübernahme der Kalkwerke Burbach AG, be- lastet ist. Daß wir mit unserer Vermutung Recht behalten haben, beweist die Tatsache, daß heute infolge der von uns bereits geschilderten Vorgänge eine heftige Pressepolemik, auch jenseits der großkapitalistischen bürgerlichen Presse, gegen Dr. Korte eingeleitet hat. Wie verlautet, beziffern sich allein die kurzfristigen Verbindlichkeiten auf über 60 Mill. M. Auf diese Mißnachricht hin hatte Dr. Korte zunächst ein lahmendes Dementi veröffentlicht, welches lediglich die Wirkung hatte, daß der in- zwischen schon stark gefallene Kurs der Burbach-Aktien noch

welter absackte und einen noch nie dagewesenen Tiefstand erreichte.

Nunmehr hat sich allerdings Herr Korte bequemt, mit einigen Zahlen und Angaben vor die Öffentlichkeit zu treten, die das ganze Geland dieses Konzerns samt der eingeschlagenen Politik seines Führers schon genügend beleuchten. Danach betragen am 1. April 1932 die Gesamtverbindlichkeiten des Kon- zerns gegenüber Dritten (ohne die Syndikatsanleihe von 57 Mill. Mark) 64,3 Mill. M., von denen etwa 55 Mill. M. Bankschulden sind, die zum größten Teil unter das Stillhalteabkommen fallen. Dem standen am 1. April 1932 Forderungen an Fremde (nicht Konzerngesellschaften) in Höhe von 19 Mill. M. sowie Lager in versandfertigem Zustand von 7,5 Mill. M. gegenüber. An eigenen Aktien befinden sich 33,5 Mill. M. nominell im Besitz des Konzerns. Aktien oder Anteile von Gesellschaften, die nicht dem Burbach-Konzern angehören, sind nur im Werte von einigen hunderttausend Mark vorhanden.

Hiermit bestätigt also Dr. Korte die Richtigkeit der schon lei- langem umlaufenden Gerüchte über die hohe Schuldenlast des Konzerns, nachdem er sich in seinem ersten Dementi noch auf den merkwürdigen Standpunkt gestellt hatte, daß er vor der Anfang Mai stattfindenden Aufsichtsratsitzung über die Lage des Konzerns gar nichts sagen könne und die umlaufenden Gerüchte über die Verhältnisse des Konzerns sinnentstellend seien. Selber sind die Angaben von Dr. Korte nur sehr dürftig; er jagt nicht, bei wem die Schulden nun eigentlich bestehen, ob bei der Burbach-GmbH, oder einer anderen Konzerngesellschaft. Mit dieser Taktik will er offensichtlich die noch dunkle und für ihn unter Umständen noch sehr unangenehm werdende Bür- gerschaftsangelegenheit umgehen, die bisher weder bei der Burbach AG noch bei der Gewerkschaft Burbach bilanzmäßig ausge- wiesen ist, wie solches allgemeinen kaufmännischen Grundregeln und Pflichten entspricht. Es dürfte aber kaum einem Zweifel mehr unterliegen, daß die Burbach-AG die Bürgschaftsverpflich- tung für die hohen Schulden der Burbach-GmbH übernommen hat, und somit also bei einer etwaigen Realisierung dieser Ver- pflichtung an den Rand des Ruins gebracht wird.

Ferner sagt Dr. Korte nicht, wofür die Bankschulden in der geradezu gigantischen Höhe von 55 Mill. M. gemacht sind. In diesem Zusammenhang findet aber seine weitere Erklärung die einzig mögliche Deutung, daß der Konzern nominell 33,5 Mill. Mark eigene Aktien besitzt. Welches Konzernwerk dieses Aktien- paket besitzt, wird zwar nicht gesagt, aber da im Jahre 1930 die Burbach-AG nominell 62,5 Mill. M. eigene Aktien von der Ge- werkschaft Burbach zurückgekauft und hiervon 55 Mill. M. Aktien zwecks Ermäßigung des Aktienkapitals von 125 auf 70 Mill. M. zum Einzug verwandt hat, so gibt es nur die Möglichkeit für die Herkunft des heutigen Bestandes an eigenen Aktien von 33,5 Mill. M., daß etwa nominell 26 Mill. M. Burbach-Aktien in- zwischen zu hohen Kursen weiter angekauft sind und dieses Ge- schäft mit Hilfe von Bankkrediten finanziert worden ist. Wenn auch Dr. Korte erklärt, daß er aus seinem persönlichen Besitz keine Aktien an den Konzern verkauft hat, so mag er sich einmal näher über Sinn und Zweck dieser Transaktion auslassen, die für den Burbach-Konzern mit einem Verlust von 25 bis 30 Mill. M. verbunden ist. Wichtig ist ferner die Frage, wie hoch am Stichtag der letzten veröffentlichten Bilanz vom 31. Dez. 1930 die effektiven Verbindlichkeiten gewesen sind und wie die Bür- gschaftsverpflichtungen ausgefallen haben. Die Bilanz der Bur- bach-AG zeigte noch am 31. Dezember 1930 ein durchaus liquides und günstiges Bild. Neben der Kalkanleihe betragen die Ver- bindlichkeiten nur 6,48 Mill. M., denen an Schuldnern 6,41 Mill. M. und 11,23 Mill. M. Bankguthaben gegenüberstanden. Für das Geschäftsjahr 1931 wurden noch 12 Prozent Dividende = 7 346 820 M. ausgeschüttet, und bei den weiterhin von Zeit zu Zeit erfolgten recht optimistischen Ausfassungen des Herrn Dr. Korte hatte es den Anschein, als ob alles in schönster Ordnung sei.

Sollte es sich nunmehr herausstellen, daß tatsächlich schon 1930 die hohen Schulden und die Bürgschaftsverpflichtungen bei der Burbach-AG bestanden haben, aber nicht bilanzmäßig aus- gewiesen wurden, so kann man in diesem Falle nur von einer privatkapitalistischen Katastrophenvirtschaft sprechen. Gewaltige Summen für hohe Dividendenauszahlun- gen wurden dem Unternehmen entzogen, trotzdem für Gewinn- beteiligungen bei einer derartigen Schuldenwirtschaft keine Ver- anlassung bestand. Abgesehen davon, daß die Nichtbilanzierung und das Verschweigen einer Bürgschaftsverpflichtung von solch ungeheurer Tragweite bei einem Unternehmen von der Bedeu- tung eines Burbach-Konzerns etwas nicht Alltägliches ist, so dürfte bei Beurteilung der ferneren Situation die Frage Inter- esse beanspruchen, wie die Sanierung bzw. die Konsolidierung der Schuldenlast vor sich gehen soll. Dieser Fall ist jedenfalls ein Schuldenbeispiel dafür, wie berechtigt und dringend notwendig die Forderung der Gewerkschaften zur Verstat- lichung des Bergbaues ist. Nur hierin ist einzig und allein die Gewähr zu finden, daß derartige Dinge, wie es die Vorkommnisse bei Burbach wieder beweisen, ein für allemal zur Unmöglichkeit gemacht werden.

Wer hat für die Arbeitszeitverkürzung gekämpft?

Die Organisation.

Wer hat für Erhaltung der sozialen Rechte gekämpft?

Die Organisation.

Wer kämpft für bessere Lohn- u. Arbeitsbedingungen?

Die Organisation.

Was tun die Unorganisierten, die KGD-isten und die Nazis?

Die Unorganisierten wollen ernten, aber nicht säen, sie stehen die Erfolge der gewerkschaftlichen Orga- nisation!

Die KGD-isten und „Einheits“-verbänder ändern alle acht Tage ihre Parolen und kritisieren sich dann selbst, weil sie falsch gehandelt haben; ihr Hauptberuf ist Arbeiterzerpflüsterung und Schädigung der Ge- werkschaften.

Die Nazis arbeiten im Auftrage der Großindustrie gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, sie ver- sprechen den Arbeitern im „Dritten Reich“ alle Herr- lichkeiten. Wie diese Herrlichkeiten aussehen werden, äußerte kürzlich der Naziführer M. auf Jeché Heinrich in Alteneffen, indem er sagte: „Na, wartet nur, bald kommt die Zeit, da werden wir mit euch spielen!“

Das ist der sehnlichste Wunsch der Unternehmer, und diesen zu erfüllen, haben sich die Nazis zusammen- geschlossen.

Kameraden!

Wir sind stolz auf unsere Organisation; wir wissen, was uns diese bedeutet. Gegen alle, die gegen un- sere Organisation sind, nehmen wir in einem viel stärkeren Maße den Kampf auf! Die letzten Erfolge, die die Organisation aufzuweisen hat, sind nur durch die zähe Arbeit der Gewerkschaften möglich gewesen.

Deshalb unterstützt die Organisation

und stärkt sie. Geht gegen alle Feinde von rechts und links zum verstärkten Angriff über! Der Er- folg muß auf unserer Seite sein, deshalb ran an die Aufklärungs- und Werbearbeit!

Betriebsentwicklung

im niederrheinlich-westfälischen Steinkohlenbergbau nach dem Stand von 1930.

Betriebszusammenfassung unter Tage.

Sie wirkte sich besonders im Flözbetrieb, d. h. in Vorrichtung und Abbau aus, indem die Zahl der Abbaue vermindert und die Förderung je Abbaubetrieb erhöht wurde. Es erfolgte in einer Reihe von Fällen die Stundung von Bauabteilungen. In steiler Lagerung fand Schräg- und Bühnenbau in zunehmendem Umfang Anwendung. Die Zahl der Kohlegeminnungspunkte ging im Ruhrgebiet von 14 403 am Ende des Jahres 1929 auf 10 005 am Ende des Jahres 1930 herunter.

Als Beispiele für die Zusammenfassung im Untertagebetrieb seien folgende Zechen genannt: Auf General Blumenthal 1-2 wurden fast 95 Prozent der rund 1000 Tonnen betragenden täglichen Förderung aus fünf Rutschbetrieben, auf der Betriebsanlage 2 der Zeche Prosper 1-2 90 Prozent der täglichen Förderung von 4200 Tonnen aus vierzehn Rutschbetrieben, auf der Zeche Prosper 3 92 Prozent der Tagesförderung von 2870 To. aus dreizehn Rutschbetrieben und auf der Zeche Fürst Leopold die arbeitsmäßige Förderung von durchschnittlich 2000 Tonnen aus zehn Rutschbetrieben geliefert. Auf der Zeche Ber. Bonifacius konnte durch die Einrichtung von Großbetrieben die Förderung fördertätig von 55 To. auf 105 To. je Abbaubetrieb gesteigert werden.

Das Ziel der Herabsetzung der Selbstkosten wurde des Weiteren verfolgt durch weitgehende Mechanisierung vieler Arbeitsvorgänge bei Aus- und Vorrichtung, Abbau und Förderung, worüber folgendes zu sagen ist:

Ausrüstung.

Zur Beschleunigung des Betriebs größerer Querschläge und Richtstrecken wurden bei der Bohrarbeit Schnellbohrschämmer und schwere Bohrschämmer sowie verschiebbarartige Vorstößapparate, die den Arbeiter entlasten und vor Bohrstaubbelästigungen schützen, verwendet; Schrappeläder, Rüttelschaukel und Lademaschinen mechanisierten die Ladearbeit.

Vorrichtung.

Bei der Auffahrung von Abbaustrecken und Aufbauen fanden die verschiedenen Vortriebsmaschinen, die als Schräg-, Korb- und Schlämmmaschinen ausgebildet sind, sowie Vortriebsmaschinen weitere Verbreitung. Zur Neueinführung gelangte die sogenannte Kohlenfäße, eine Handerb- und Schrämmaschine. Beim Nachreiben des Nebengesteins bewährten sich Betonbrecher weiterhin gut. Die Verwendung von Streckenvortriebsmaschinen brachte erhebliche Leistungssteigerungen. So konnte auf einer Zeche in einem Aufbauen durch den Einsatz einer Vortriebsmaschine die Leistung um 46,5 Prozent gesteigert werden.

Abbau.

In flacher Lagerung, die sich am besten zur Einrichtung von Großbetrieben eignet, hat der Einsatz von Großschrämmaschinen in der Kohlegeminnung so ausgedehnte Verbreitung gefunden, daß auf einzelnen Schachtanlagen bereits mehr als die Hälfte der Förderung mit Hilfe von Schrämmaschinen heringewonnen wird. Hierzu haben neben maschinellen Verbesserungen der Schrämmaschinen die Vorteile erhöhten Stücklohlenfalles und schnelleren Fortschreitens des Arbeitsstoffes beigetragen. Eine große Rolle spielen nach wie vor die Abbauhämmer, die in ihrer schweren Ausführung die Schiebarbeit entbehrlich machen. 93,8 (91,2) Prozent der Förderung wurde maschinell gewonnen.

Abbauförderung.

Als wichtigstes Abbaufördermittel in flacher Lagerung hat die Schüttelrutsche ihre Stellung behauptet; das Förderband hat als Streckfördermittel nur geringe Verwendung gefunden. Zur Erparung von Zeit beim Ein- und Ausbau der Rutschen hat eine Zeche die Schraubenbolzenverbindung durch eine sehr einfach zu bedienende Bolzenverbindung ersetzt, die mit der Rutsche selbst mechanisch so verbunden ist, daß keine losen Teile wie bei der Bolzenverbindung vorkommen und daher auch keine Verluste an Verbindungsstücken eintreten. Die bolzenlosen Schüttelrutschen zeichnen sich durch besonders ruhigen Gang aus. Bei steilerem Einfallen, wenn die Rutschenstühle zum Abrutschen neigen, hat sich die Verbindung der Rutschenstühle unter sich durch an beiden Enden halbförmig umgebogene Eisenstangen bewährt. Einem zu starken Rutschen der Kohlen und Berge in der Schüttelrutsche hat man auf einer Zeche durch Einbau eines Motors mit sogenannter Flattersteuerung, die auf Auspuffdrosselung beruht, abgeholfen. Das frühere ruckweise Arbeiten des Motors wurde dadurch in eine gleichmäßig sanfte und flatternde Bewegung umgewandelt. Auf einer anderen Zeche ist man einem zu schnellen Abwutschen des Fördergutes in der Schüttelrutsche mit Erfolg durch den Einbau gelochter Bleche von 2 bis 3 Meter Länge begegnet.

In zunehmendem Maße wurden Krabhbänder und Lademotoren (auch Strebenklader genannt) im Abbauförderbetrieb eingesetzt. Die Lademotoren sind als Hochförderer am Platze, wenn kleine Werkschöden von Ueberschleppungen und Sprüngen zu überbrücken sind, ferner beim Wänekomen eines Dammes oder wenn aus Rutschen ausgefragene Kohlen in zurück- und hochliegende Förderwagen zu heben sind.

Abbaustreckenförderung.

Mechanisierung der Förderung in den Abbaustrecken wird erforderlich, weil die erhöhte Förderung der Abbaubetriebe in den zumeist erheblich verlängerten Abbaustrecken durch Schleppe vielfach nicht mehr wirtschaftlich bewältigt werden kann. So wurden in größerer Zahl Streckenhäpkel aufgestellt, die mit Hilfe von Seilen in Zügen die Kohlenwagen aus den Abbaubetrieben ziehen und die Bergewagen vor Ort bringen. Die Häpkel für den Bergtransport werden mit Fernsteuerung ausgerüstet, so daß sie von jeder Kippstelle aus leicht bedient werden können. Für größere Fördermengen werden in flacher Lagerung vornehmlich Gummibänder und Stahlgliederbänder, in steiler Lagerung kleine Lokomotiven benutzt. Gummibänder haben neuerdings gemuldete Form erhalten, wodurch der Kantenschleif des Bandes verringert und der Schüttungswinkel und damit die Leistungsfähigkeit des Bandes gegenüber flachen Bändern vermehrt werden. Die Förderbänder werden in Verbindung mit Bunkern eingerichtet. Wegen der starken Zerkleinerung der

Kohle in Bunkern ist man jedoch bei Förderbändern für Kohlen dazu übergegangen, sie nicht mehr mit Bunkern, sondern mit Bandbremsbergen in Verbindung zu bringen. Neben den Förderbändern haben in geneigten Strecken auch die Schüttelrutschen als Streckenfördermittel weiterhin Verwendung gefunden. Die im Abbaustreckenförderbetrieb in erhöhter Zahl eingestellten Lokomotiven sind Preßluft- und Akkumulatorkomomotiven. Diesellokomotiven finden sich nur vereinzelt. Seilbahnen dienen der Abbaustreckenförderung nur noch in geringem Umfang. Die Pferdeförderung ist durch die maschinellen Einrichtungen noch nicht verdrängt; namentlich Ponys arbeiten bei kleiner Förderung in den Abbaustrecken noch im nennenswerten Anzahle.

Eine besondere Art von fließender Förderung ist in einer 400 Meter langen Bauabteilung der Zeche Amalie eingerichtet worden. An den beiden Grenzen der Bauabteilung ist je ein Blindschacht hergestellt worden, die mit A und B bezeichnet sein sollen. Sämtliche Strecken und Querschläge sind vom Blindschacht A nach dem Blindschacht B mit solchen Gefässen aufgeföhren, daß sich die Förderwagen mit mäßiger Geschwindigkeit vorwärtsbewegen. Der Blindschacht A führt leere Wagen und Verjähberge zu, und der Blindschacht B fördert die vollen Kohlenwagen bzw. die entleerten Bergewagen ab, die alsdann wieder zum Blindschacht A gelangen. Sämtliche Wagen laufen also nach dem Einbahnprinzip nur in einer Richtung.

Hauptstreckenförderung.

Seilbahnen werden noch vereinzelt in Hauptförderstrecken betrieben. Meist bewältigen jedoch Lokomotiven, und zwar Fahrdracht-, Preßluft-, Akkumulator-, Benzol- und Diesellokomotiven die Förderung. Die Fahrdrachtlokomotiven stehen bei weitem an erster Stelle. Ihr Betrieb ist auf einigen Zechen noch umfangreicher geworden, obwohl er infolge der strengen Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen, die zur Verhütung des Entstehens von Streuströmen und der Entzündung von Schlagwettern für Lokomotiven, Fahrdracht, Gestänge und Fahrstrecken angeordnet werden müssen, nicht erleichtert wird. Großakkumulatorkomomotiven sind in vermehrter Anzahl in den Hauptstreckenförderbetrieben

Hallo, Herr Hitler! Schlafen Sie?

Was haben die mit gutem Kapitalisiergeld bezahlten Agitatoren der Nazis vor der Wahl versprochen?

Wir erinnern uns:
Vierundzwanzig Stunden nach unserem Sieg in Preußen beginnen wir

1. mit der Arbeitsbeschaffung,
2. mit Beseitigung der Notverordnungen,
3. mit Erhöhung der Löhne,
4. mit Wiedergewährung der geraubten Renten,
5. mit Abbau der hohen Gehälter,
6. mit Beseitigung der Zölle,
7. mit Preissenkung,
8. mit Beseitigung der drückenden Steuern,
9. mit Vereinfachung der Verwaltung,
10. mit ausreichender Altersversorgung, usw. usw. usw.

Zum Ueberflus versprach man, so als Zugabe und zur Volksbelustigung, die Zerkümmern der schwarzen Herrschaft und die radikale Vernichtung aller roten und schwarzen „Novemberverbrecher“.

Und heute, nachdem bereits vierzehn Tage vorbei sind?

Heute umheulen und umjammern die Nazis „Revolutionäre“ die „schwarzen Novemberverbrecher“, das Zentrum, daß es sie doch um Wotans Willen in eine Koalition aufnehmen möge! Vergessen sind ihre Wahlversprechen von gestern! Was sie sich jetzt sichern wollen, sind „fette Ministerposten“ und „Verwaltungspöstchen“!

Was wollen denn die blöden Naziswähler? Hat Hitler nicht wirklich „geföhrt“ — für seine Agitatoren? 162 Mann bekommen doch heute schon ihre 600 Em Diäten monatlich. Viele von ihnen haben sogar noch ein Reichstagsmandat und beziehen 1200 „Emchen“. Die Nazisbonzen und Nazisböngchen beziehen sogar noch ihre 1000 bis 1500 M. Monatsgehalt dazu. Ist das etwa keine Leistung?

Also bitte, Naziswähler, strenge dich an, daß du auch ein solches Nazisböngchen wirst, vielleicht daß auch du — nicht wahr, du weißt doch: „dem Lächtigen freie Bahn!“ und weg mit der Pöstchenwirtschaft — hieß es gestern!

Und die anderen Versprechungen? Aber ich bitte — habt ihr Naziswähler keine Nazisdisziplin? Abwarten, bitte, vielleicht ist dem „Führer“ seine Uhr stehen geblieben. Oder vielleicht schläft er, der „Führer“. Oder vielleicht überlegt ihr euch die Sache jetzt mal etwas gründlicher, vielleicht — na ja — vielleicht hören wir nächstes Mal mehr. Wir werden euch daran erinnern!

eingestellt worden. Die Zahl der Diesellokomotiven hat sich in bemerkenswertem Maße gesteigert; sie ist im Laufe des Berichtsjahres von 24 auf 49 gestiegen.

Blindschachtförderung.

Infolge fortschreitender Betriebszusammenfassung wird die Befastigung der Blindschächte durch Kohlen- und Bergförderung immer stärker. Es ergibt sich daher die Notwendigkeit, die Leistung der Blindschächte zu erhöhen. Zu diesem Zwecke werden die neuen Blindschächte in größeren Abmessungen hergestellt und mit starken, vielfach elektrisch angetriebenen Haspeln bis 100 und mehr PS und mit Fördertröben für zwei Wagen ausgerüstet. An den elektrisch hell erleuchteten Anschlägen werden Schwentbüchsen eingebaut, die bei Nichtbenutzung als Schachtsperren wirken, und Aufschlebe- und Abdrückvorrichtungen sowie selbsttätige Wagenumläufe eingerichtet. In Verbindung mit Blasverfahrenanlagen sind Blindschächte mit einer Gefäßförderung für Berge versehen.

Schachtförderung.

Fördermaschinen wurden vielfach umgebaut, elektrifiziert und mit Fahrreglern und Fertigsignalanlagen ausgerüstet. Um das Rutschen des Seiles auf der Treibschleibe zu verhindern, wurde auf einer Zeche die Nut mit Gummi und Balata geföhrt, auf einer anderen Zeche zur größeren Schonung des Seiles die Treibschleibe mit einer Havriteneinlage ausgelegt. Auf Schacht 1 der Zeche Hannibal wurde eine Turmförderanlage in Betrieb genommen.

Eine Gefäßförderung erhielt der im Berichtsjahr in Betrieb genommene Schacht Nothorn der Zeche Preußische Elus im Bergrevier Hamm.

Grubenausbau.

Die Verwendung eisernen Ausbaues, der in Hufeisen- und geschlossener Form nachgiebig oder starr ausgeführt wird, hat in druckhaften Gesteinstrecken zugenommen. Auf den Zechen der Bergbaugruppe Hannover der Ber. Stahlwerke AG. waren bis zum Schluß des Berichtsjahres 11 000 Stück eiserner Rundausbau eingebracht. Auf den Zechen Hannover 1-2 und Hannibal bewährte sich der Kruppsche Rundausbau während einer achtmonatigen Betriebszeit in sehr unter Druck stehenden Strecken, die zuvor bei starkem Betonausbau stets nach wenigen Monaten wieder zu Bruch lagen. Auch in den Abbaustrecken geht man bei druckhaftem Gebirge zu dem eisernen Polygonausbau über, wenn auch sonst der Holzausbau, der aber mehr und mehr nachgiebig gestaltet wird, noch vorherrschend ist. In den Abbauen werden in zunehmendem Maße nachgiebige eiserne Stempel verwendet, die auch mit Erfolg in Abbaustrecken eingebaut und besonders vor Ort als vorläufiger Ausbau eingebracht werden. Die Zeche Prosper 1-2 hatte 11 500 und Prosper 3 sogar 23 000 eiserne Stempel am Ende des Berichtsjahres in Gebrauch.

Beleuchtung.

Die Verwendung magnetischer Lampen zur Beleuchtung der Klipp- und Badestellen der Abbaubetriebe hat zugenommen. Auch im Abbau selbst, besonders wenn die Kohle mit Bergmitteln durchsetzt ist, wurde stationäre Beleuchtung in erhöhtem Umfang eingesetzt. Der Einbau einer solchen Beleuchtung im Schüttelrutschenstreb eines sehr unreinen Flözes der Zeche General Blumenthal 1-2 hatte in wirtschaftlicher und sicherheitlicher Hinsicht den Erfolg, daß der Gehalt der Kohlenwagen an Bergen um 50 Prozent herabgemindert wurde und die Zahl der Unfälle von 0,147 je verfahrenes Schicht auf 0,07, also ebenfalls um 50 Prozent fiel. Druckluftlokomotiven wurden stellenweise mit magnetischen Scheinwerferlampen und auch mit dynamoelektrischen Turbolampen ausgerüstet, die ein gleichmäßig helles Licht geben, allerdings den Nachteil haben, daß sie nur während des Ganges der Lokomotive brennen.

Die Zahl der Zechen, die ihren Belegschaften elektrische Grubenlampen mit größerer Leuchtkraft ausgehändigt haben, hat sich vermehrt.

Bergeverföh.

Während Schleuder- und Stopfmotoren zur Beschleunigung der Verföharbeit sich nur in geringem Umfang haben einföhren können und auch die Schrappen keine größere Verbreitung gefunden haben, setzte sich das pneumatische Verföhverfahren in verschiedener Ausführung weiter durch. Die Zahl der Blasverfahrenanlagen stieg von 35 am Anfang auf 55 am Ende des Berichtsjahres. Einer der Vorteile des Blasverfahrens liegt darin, daß in den Abbaubetrieben die Kohlenfront infolge der Entlastung der Schüttelrutschen von der Bergförderung sehr intensiv in Angriff genommen werden kann, da beide Schichten für die Heringewinnung der Kohle zur Verfügung stehen. Als Verföhleistung werden bis zu 60 m³ Berge/Std. angegeben. Verblasen werden Waschberge, feinere Geseberge und Halbenmassen. Auf den Zechen Emser-Tippe und Prosper 3 sind eingehende Verföhversuche mit dem Verblasen von Sand aus der Haardt zusammen mit Wasch- und auch mit Halbenbergen gemacht worden. Während die Verföh auf der erlgenannten Zeche ergeben haben, daß sich der Haardt-Sand nur in einer Mischung von 1:2 mit Waschbergen verblasen läßt, wobei noch ein erheblicher Mehrverbrauch an Preßluft und ein starker Rohrverschleiß eintritt, hat sich bei den Versuchen auf der Zeche Prosper 3 hinsichtlich der Maschinenleistung, des Luftverbrauches und des Rohrverschleißes eine Mischung von Sand und Waschbergen oder von Sand und Halbenbergen im Verhältnis 1:1 als bestes erwiesen.

Die Gewinnung von Verföhbergen aus mitgeführten Blindschächtern, sei es wegen allgemeinen Mangels an Verföhbergen oder wegen der Schwierigkeit der Heranschaffung fremder Berge an die Verbrauchsstelle, findet auch weiterhin in gewissem Umfang statt. Besonders wegen der Gefahr der Ansammlung von Schlagwettern in den Blindschächtern ist aber die Bergbehörde bestrebt, den Blindortbetrieb dadurch, daß sie ihn nur in den unbedingt notwendigen Fällen auf betriebsplanmäßigen Wege zuläßt, möglichst einzuschränken.

Auf den Zechen macht sich mehr und mehr das Bestreben geltend, beim Abbau den Teil- oder Rippenerföh zur Anwendung zu bringen. Wenn die Bergbehörde diesem Vorhaben auch nicht vollständig ablehnend gegenübersteht, so gestattet sie den Teilverföh doch nur versuchsweise von Fall zu Fall auf Grund besonderer betriebsplanmäßiger Prüfung. Ein abschließendes Urteil über seine Bewährung läßt sich noch nicht abgeben.

(Aus der „Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen“, 79. Band, 1931, Seite B 328.)

Die Nazis unterm Brennglas.

Der prinzipielle „Arbeiter“-Führer.

Wie der „Stolper Generalanzeiger“ in seiner Ausgabe vom 14. April d. J. mitteilt, hat der langsam bekannte Prinz August Wilhelm (genannt Nomi) in einer Naziverammlung u. a. erklärt:

„Gewisse Kreise hätten ihr Eintreten für Hindenburg mit dem monarchischen Gedanken begründet. Monarchisch wäre dieses Verhalten nicht gewesen, denn er, der Prinz, kämpfte in der nationalsozialistischen Bewegung durchaus im Einverständnis mit seinem Vater, wie sich ja auch der Kronprinz ausgesprochen hat. Glaubt ja nicht, daß ich bei meiner Erziehung und meiner Tradition in so vielen Versammlungen reden würde, wenn es sich nur um eine Privatangelegenheit handelte.“

Der Prinz hat recht: es handelt sich bei den Nazis nicht nur um eine Partei, sondern um die Profit- und Abfindungsinteressen aller fürstlichen und nichtfürstlichen Kapitalisten.

Die Geldquellen der Nazi-Partei.

„Die Weltbühne“ bringt in Nr. 16 vom 19. April d. J. einen langen Artikel, der sich unter der Überschrift „Hitlers Finanzen“ eingehend mit nazistischen Geldquellen befaßt. Es wird darin u. a. mitgeteilt, daß die rheinisch-westfälische Schwerindustrie nach dem Mißerfolg der Präsidentschaftswahl am 13. März sich auf einmal sehr zugetuht zeigt, vor allem der Kohlenmagnat Rirdorf. Am 4. April hat der Nazi-Reichstagsabgeordnete Hinkel in einer Versammlung der Berliner Nazi-Funktionäre zugeben müssen, daß von den 6 Mill. M. Wahlkosten nur 2,5 Mill. M. gedeckt seien. Die heftige Parteiorganisation der Nazis hat ein Defizit von 325 000 M. In Freiburg i. B. mußte das dortige Naziblatt „Der Alemanne“ mit 30 000 M. saniert werden.

Dem Parteiverlag Franz Eher Nachf. in München seien durch die Hohenzollern 220 000 M. zugewendet worden. Insgesamt hätten die Hohenzollern bis jetzt 500 000 M. für die Nazis gespendet. Die gleiche Summe hätten zusammen die Herzöge von Coburg, der Herzog von Braunschweig und die Großherzöge von Oldenburg und Mecklenburg aufgebracht. Als Gegenleistung habe die Nazi-Partei die Wiedererrichtung des Hohenzollern-Kaiserthums zugesichert. Bis jetzt habe es aber nur zu einer Kandidatur für den Prinzen August Wilhelm gereicht.

Ueber die ausländischen Geldquellen Hitlers teilt die „Weltbühne“ mit:

„Es ist allgemein aufgefallen, daß vor einem halben Jahre, als Berichte von einer Vergebung des Benzinmonopols an die ausländische Shell-Gruppe auftauchten, die ganze Nazipresse wie auf Kommando schwieg. Der Syndikus der Nordwestdeutschen Erdölindustrie in Hannover, der voller Unruhe zu den Nazis lief, um Auskunft über ihre Stellung zu der beabsichtigten Monopolvergebung zu erlangen, konnte von Hitler keine beruhigenden Erklärungen entgegennehmen. Der Herr des Braunes haufte vor allen Fragen gegenüber, ob er etwas zum Schutze der deutschen Erdölindustrie zu unternehmen gedenke, taub — wahrscheinlich, weil der Abgeordnete nicht mit der ansehnlichen Summe von 1,5 Millionen englischer Pfund aufwarten konnte. Genau so viel hatte nämlich Herr Detering dem deutschen „Arbeiterführer“ versprochen, wenn dieser ihm nach der Machtübernahme das deutsche Benzinmonopol verschaffere. Eine laufende Gewinnbeteiligung von 20 Prozent sollte hinzukommen.“

Stehen also die Hohenzollern, der englische Petroleumtrust und die rheinische Schwerindustrie mit einiger Sicherheit als Geldgeber der Nazis fest, so scheint es sich auch zu bestätigen, daß zwar Kreuger zu den Geldgebern der Nazi-Partei gehörte. Die sehr angesehene englische Wirtschaftszeitschrift „Financial Times“ bringt nämlich in ihrer Ausgabe vom 18. April d. J. einen Bericht ihres Stockholmer Korrespondenten, der mitteilt, daß zwischen Kreuger und Hitler eine dauernde enge Verbindung bestanden hätte. Kreuger hätte Hitler unterstützt, weil er der Auffassung gewesen sei, daß nur starke nationale Regierungen in Deutschland und Frankreich das europäische Problem lösen könnten. Kreuger sei immer genau informiert worden über die verschiedenen Verhandlungen Hitlers mit dem französischen Boten François-Poncet. Mit ihm sei tatsächlich eine der wesentlichsten finanziellen Stützen der Hitlerbewegung zusammengebrochen.

„Der Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich“.

Unter diesem Titel ist im Deutschen Volksverlag in München eine 32seitige Broschüre von Dr. Alfred Pfaß erschienen, der sich als Mitglied des Reichswirtschaftsrats der Nazi-Partei bezeichnet. So daß seine Äußerungen wohl als verbindlich für die Hitlerpartei angesehen werden müssen. Aus seiner aufschlußreichen Broschüre geben wir im folgenden einige besonders charakteristische Stellen:

Für Eroberungskrieg.

„Die deutsche Außenpolitik muß also bestrebt sein, die Grenzen Deutschlands so weit nach Osten zu verlegen, daß auf lange Zeit hinaus der Bevölkerungszuwachs aus diesem neu erworbenen und durch deutschen Fleiß zu deutschem Kulturland gewordenen Gebiet ernährt werden kann. . . Diese Richtung der Außenpolitik nach dem Osten bedeutet auch nicht Krieg um jeden Preis, sie kann sich auch auf durchaus friedlichem, diplomatischem Wege auswirken.“

„Bewußt müssen wir uns aber sein, daß, falls wider Erwarten solche Möglichkeit nicht gegeben sein sollte, daß dann auch der Appell an das Schwert nicht nur Notwendigkeit, sondern auch Recht ist, denn wenn wir die Aufgabe haben, das deutsche Volk zu erhalten, so muß von unserem Stützpunkt aus demgegenüber das Recht anders gearteter Menschen zurücktreten.“ (Seite 10.)

Gelbe Betriebsräte.

„Wir werden somit innerhalb jeden Betriebes einen Betriebsrat beibehalten, in welchem außer den Arbeitnehmern auch die Arbeitgeber vertreten sein müssen. Eine Parität in der Zahl kommt nicht in Betracht und ebensowenig können dort etwa Entscheidungen durch Mehrheitsbeschlüsse erfolgen. Dem Betriebsrat des Werkes steht auch das Recht zu, die Wahlen für die Vertreter in der Kammer der wirtschaftlichen Ortsgruppe durchzuführen. Hierbei wird es, obwohl auch in der Ortsgruppe ebensowenig Abstimmungen erfolgen wie im Betriebsrat, trotzdem angebracht sein, eine Zahlengleichheit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern anzustreben, weil der wirtschaftlich Schwächeren in erhöhtem Maße Gelegenheit haben soll, sich mit seinen Arbeitsgenossen zu beraten, die seine persönlichen Leiden und Freuden aus eigener Erfahrung zu beurteilen vermögen.“

In gleicher Weise werden in der wirtschaftlichen Ortsgruppe die Wahlen für die Bezirkskammern und dort die Wahlen für

die Ständekammern der Wirtschaftsgebiete und in diesen endlich die Wahlen für einen Teil der im Reichswirtschaftsrat vereinigten Persönlichkeiten vorgenommen.“ (Seite 14/15).

Das Prinzip der Zahlengleichheit in den höheren Wirtschaftskörpern bedeutet nichts anderes, als daß Millionen von Arbeitern nicht mehr Vertreter zusetzen, als einer kleinen Zahl von Unternehmern.

Gegen die Arbeitslosenversicherung.

„Wie in den übrigen sozialen Einrichtungen, so hat es die marxistische Einstellung unserer Zeit auch in der Arbeitslosenversicherung verstanden, die Moral und Ehrlichkeit des Volkes zu untergraben und ein minderwertiges Untermenschenstum zu züchten, um sich hierin eine stets willfährige Schutztruppe zur Erreichung ihrer politischen Ziele zu schaffen.“

Die Arbeitslosenversicherung mußte von allen Arbeitstheuen ausgenutzt werden als eine willkommene Ausbeutungsmöglichkeit der Volksgeheimheit.“ (Seite 23.)

Arbeitsdienstpflicht.

„Es muß unverzüglich eine Arbeitsdienstpflicht für jeden deutschen Volksgenossen eingeführt werden, die sofort einer Million Arbeitsloser gesunde Betätigung gewährleistet.“ (Seite 24.)

Von einer Entlohnung der Arbeitsdienstpflichtigen ist bezeichnenderweise nicht die Rede.

Wo sitzt die Intelligenz?

„Wir wissen, daß die Kinder der intelligentesten Bevölkerungsklasse zu etwa 60 Prozent wiederum der höchsten Intelligenzklasse angehören, wir wissen, daß dieser Prozentsatz sich über Kaufleute, höhere Beamte, mittlere Beamte usw. ständig verringert und beim gelehrten Arbeiter nur noch etwa 12 Prozent, beim ungelerten Arbeiter nur noch 6 Prozent beträgt.“ (Seite 25.)

Zu dieser ungünstigen Ziffer für die Arbeiterklasse kommt der Verfasser wohl deshalb, weil er nur die in der Arbeiterpartei Hitlers vertretenen „Arbeiter“ kennt!

Nazibewegung als Ausklang wilhelminischer Zeit.

Der politisch weit rechts stehende Schriftsteller Ernst Reich stellte in seiner im Widerstands-Verlag erschienenen Schrift „Hitler — ein deutsches Verhängnis“ Betrachtungen an, deren Aktualität in dem nun hinter uns liegenden Wahlkampf vollumfänglich gesunden hat:

„Der Nationalsozialismus ist kein Beginn — er ist ein Ende. Er ist der Ausklang der wilhelminischen Zeit; in ihm schwingt sie noch fort. Ihr Geist, ihre Stimmung leben aus ihm noch einmal wie die Flamme aus einer erlöschenden Glut. Die wilhelminische Zeit liegt im Verlöschen; der Nationalsozialismus ist die Summe ihrer Fieberphantasien, in der sie wirt und heiß ihr Dasein rückwärtend überschlägt. Während die Quellen des Lebens schon versiegen, entzündet sich an jagenden Pulsen noch ein letzter Traum von Kraft. Noch einmal verflammen sich alle Elemente

Aus dem Ruhrrevier.

R.G.D.-Niederlage.

Betriebsratswahl auf Zeche Heinrich.

Bei der am 28. April stattgefundenen Betriebsratswahl auf Zeche Heinrich (Altenessen) erhielten Stimmen:

| | |
|--------------------------------------|-----|
| Alter Verband | 306 |
| Christlicher Gewerksverein | 255 |
| R.G.D. | 176 |
| Gelbe zusammen | 107 |

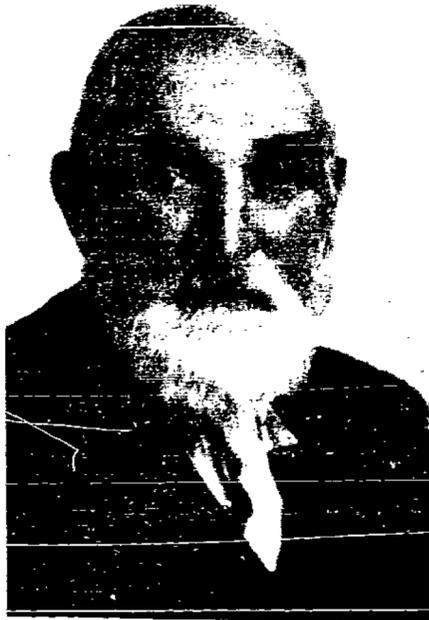
(davon Nazis 68)

Die R.G.D. büßte gegenüber den letzten Wahlen rund 50 Prozent ihrer Stimmen ein.

Das ist Beweis dafür, wie sehr die Erkenntnis im Wachsen begriffen ist darüber, daß die R.G.D.-Bewegung nur ein Krebsgeschwür an der Arbeiterbewegung darstellt, der am besten dadurch behoben wird, daß sich die Arbeiter restlos von ihr abwenden.

Ein Achtzigjähriger.

Wiederum konnte einer von den Alten ein seltenes Jubiläum begehen. Kamerad Wilhelm Wittich wurde am 22. April 80 Jahre alt. Der Jubilar ist langjähriges Mitglied unseres Verbandes. Bereits im Jahre 1891 trat er in Rothhausen der neugegründeten Bergarbeiterorganisation bei. Von diesem Zeit-



punkt an war er ein eifriges Mitglied und ein tüchtiger Funktionär. Viele Jahre war er als Bote und Kassierer tätig, nebenbei trug er 15 Jahre die „Arbeiter-Zeitung“. Noch heute nimmt er regen Anteil an unserer Bewegung. Trotz seines hohen Alters demonstriert er mit uns. Für die Eisernen Front steht er sich besonders ein. Den Glückwünschen seiner Zahlstellenkameraden schließen wir uns als Gesamtorganisation an und wünschen, daß Kamerad Wittich noch lange Zeit in unserer Mitte weilen möge.

der wilhelminischen Zeit zu einem aufgepöbelten, gestreift Spul. Der Byzantinismus wird wieder wach, und zwar ab und zu vor einem weichen, haltlosen und richtungslosen Mann, der nur dumm hinter die Äraerengebäude versteckt, zeigt, welche arbeiter Spielball der Ereignisse er ist. Ein leichter Optimismus läßt am Rande schauerlicher Abgründe entlang und ahnt nicht was er tut. Ein blutiger Dilettantismus steckt die Finger in die Dinge und spürt nicht, was er zerstört. . . Der Nationalsozialismus . . . ist das verwegenste Kreditfahndelgebäude, das auf politischem Boden errichtet wurde. Das Braune Haus ist eine jener großspürigen Geschäftspaläste, in denen betrügerische Konzerne ihre Blütezeit vorwegzunehmen gedachten. Weg um Schicksal der Stinnes, Cahusen, Kahenellenbogen und Goldschmidt werden kurz über lang auch Weg und Schicksal Hitlers sein. Das Ergebnis des unerhörten Aufwandes ist am Schluß die Katastrophe. . .

Die Rentenbezieher sollen zuerst dran.

Adolf Hitler soll den Unternehmern helfen.

Schneller als wir selbst glaubten, erhalten die Arbeiternachwähler ihren ersten Fußtritt! Kaum haben die Kapitalisten von dem Anschwollen der Naziabgeordneten gehört — und noch wissen sie nicht, ob ihre neuen Jutreiber in der Politik mißsprechen dürfen —, sind sie schon mit ihren Forderungen da.

Sie fordern einen allgemeinen Abbau der Unfallrenten um 20 Prozent, da ihnen der Wegfall der niedrigen Renten auf Grund der letzten Notverordnung nicht genügt.

Wir lesen nämlich in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“: „An der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages am 30. und 31. März hat der verantwortliche Leiter des Sozialpolitik im Reichsarbeitsministerium, Ministerialdirektor Dr. G r i e f e r, über die Unfallversicherung mitgeteilt, daß durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 40 Prozent der Renten weggefallen sind. In der gewerblichen Unfallversicherung ist mindestens ein Drittel der Verletztenrenten fortgefallen, während die landwirtschaftliche Unfallversicherung es bisher abgelehnt hat, von der Ermächtigung, weitere Teilrenten wegzufallen zu lassen, Gebrauch zu machen. Allgemein wurde angenommen, daß durch die vierte Notverordnung sich eine Entlastung für die Berufsgenossenschaften zwischen 25 und 33 Prozent ergeben würde. Nach den Mitteilungen der Berufsgenossenschaften selbst beträgt die Entlastung etwa 9 Prozent der Ausgaben des Jahres 1931.“

Die Berufsgenossenschaften sind der Ansicht, daß die Entlastung durch die Notverordnung angesichts des gewaltigen Rückganges der Lohnsummen im Jahre 1931 es nicht entfernt ermöglicht hat, die Beitragssätze der Berufsgenossenschaften in tragbaren Grenzen zu halten. Darum verlangen die Berufsgenossenschaften in einer Mitteilung an den Reichsarbeitsminister eine allgemeine Senkung der Unfallrenten um 20 Prozent.“

Das ist der Anfang! Wir sind gespannt, wie sich das „System Hitler“ weiter entwickeln wird. Den Arbeiternachwählern aber heute schon unser herzlichstes Beileid! Nur schade, daß auch die übrige Arbeiterschaft darunter zu leiden hat.

Geschichtliches Bergbaumuseum in Bochum.

Das Geschichtliche Bergbaumuseum in Bochum ist trotz der ungünstigen Wirtschaftslage in erfreulichem Maße weiter ausgebaut worden. Von den alten Gebäuden des ehemaligen Schlachthofes konnten im vergangenen Jahre drei weitere Hallen für Museumszwecke nutzbar gemacht werden, so daß das Museum zur Zeit über fünf Ausstellungshallen mit einer Gesamtstellungsfläche von rund 2000 Quadratmeter verfügt. Der allgemeinen Sparsamkeit Rechnung tragend, ist der weitere Ausbau des Museums nicht durch kostspielige Neuanschaffungen, die den Haushalt der Westfälischen Berggewerkschaftskasse und der Stadtverwaltung Bochum oder die Bergindustrie selbst belastet hätten, geschehen, sondern es konnten geschenktweise aus allen Bergbaugewerken Deutschlands und sogar aus dem Ausland bergbauliche Einrichtungen erworben werden, die für den Bergbaubetrieb an sich veraltet, für das Museum aber von großem Werte sind. In zeitlicher Folge sind die Marktmeile der Entwicklung der verschiedensten Zweige des Bergbaues derart aufgestellt worden, daß der Besucher ein umfassendes Bild von der Bergbautechnik erhält, insbesondere aber die Aufgabe jeder einzelnen Einrichtung eingehend verfolgen kann. Die Ausstellungsgegenstände sind durch Beschreibungen derart gekennzeichnet, daß die Arbeitsweise selbst von dem Nichtbergmann verstanden wird. Die in früheren Berichten schon erwähnten Abteilungen des Museums, in erster Linie die Abteilung des bergmännischen Beleuchtetes, die Abteilung für Sprengbohrtechnik und die Koleriabteilung konnten durch Ausfüllung von Lücken weiter vervollständigt werden. Neu hinzugekommen sind in der Lampenabteilung: Tonlampen aus römischen Bergwerken, offene Harzer Froschlampen, westfälische Vestsicherheitslampen, die neuesten Schlagmeißelanzeiger und die neuesten elektrischen Mannschafstaschen. Ferner wurde ein sehr wertvolles Modell einer vollständigen Lampenhausanlage für eine Belegschaft von 200 Mann aufgestellt. In diesem Lampenhaus ist derart auf die Veranschaulichung der Lampenwirtschaft Rücksicht genommen, daß jeder Arbeitsvorgang beobachtet werden kann. Den Abschluß der Lampenabteilung bilden zwei Streckenmodelle, die einerseits die Blendung von Klaraastlampen und das bessere Licht durch Opalglöden im Querschlag in maßstäblichem Verhältnis zeigen und andererseits die Beleuchtung eines Streckenvortriebs und Schüttelruckschenbetriebe mit Benzinlampen, dann mit elektrischen Mannschafstaschen und zuletzt mit ortsfesten Leuchten zeigen.

Für die Abteilung Sprengbohrtechnik sind eine Reihe sehr wertvoller Bohrmaschinen zur Verfügung gestellt, die auch hier ein geschlossenes Bild über die Entwicklung der Bohrmaschinen ermöglichen. In dieser Abteilung ist in erster Linie als Neuerung die Sachische Bohrmaschine zu nennen: eine Bohrmaschine, die als erste ihrer Art im Bergbau Verwendung fand.

Nahezu vollständig ist auch die Abteilung für Schachtförderung. Es konnte eine Hartort-Fördermaschine im Original aus dem Jahre 1840 aufgestellt werden, die dem Besucher in Betrieb vorgeführt wird.

In Angriff genommen und recht weit gefördert sind folgende Gebiete: Wasserhaltung, Streckenförderung (einerseits durch Streckenhäpkel und andererseits durch Grubenlokomotiven), Gewinnung (Entwicklung der Schrämarbeit) und Kohlenaufbereitung.

Bisher wurde das Museum Mittwochs von 15.30 bis 18.30 Uhr der Öffentlichkeit bei freiem Eintritt gezeigt. Um das Museum weitesten Kreisen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, hat die Museumsleitung sich entschlossen, die Sammlungen des Museums Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 9 bis 13 Uhr und von 15 bis 18.30 Uhr und Sonntags von 10 bis 13 Uhr gegen einen Eintritt von 30 Pf. freizugeben. Mittwochs nachmittags soll die Besichtigung wie bisher unentgeltlich gestaltet sein.

HAUS UND LEBEN

Warum ich dem Verband beitrete.

Auch ich gehörte noch vor kurzem zu jenen Schreibern, die da glaubten, ohne die Gewerkschaften auskommen zu können. Da ich in keine Zwangslage hineingeriet, betrachtete ich den Verband als überflüssig. Meiner Arbeit glaubte ich mich sicher, was sollte ich da noch Geld für die „Bonzen“ ausgeben?

Also tutete ich mit ins Horn der Märgler, schimpfte auf die Kapitalisten, aber auch auf die Gewerkschaften, die „nichts dagegen machten“. Eine Gewerkschaftszeitung bekam ich selten zur Hand, also wusste ich auch nichts von der Vielseitigkeit der Aufgaben, die eine Arbeiterorganisation heute zu erfüllen hat. So wichtig die Frage des Lohnproblems für uns heute ist, haben wir doch keine Ursache, über seinen Tiefstand andere Errungenschaften zu verkleinern. Nachdem ich am eigenen Leibe erfuhr, daß der Verband einem auch praktisch helfen kann, halte ich es für meine Pflicht, dies besonders den unorganisierten Kameraden mitzuteilen.

Seit mehr als zehn Jahren war ich als Heizer auf einer Ziegelei, die Nebenbetrieb einer Grube war, beschäftigt. Infolge des guten Tons, den wir von der Grube erhielten, stellten wir Qualitätssteine her, die verhältnismäßig guten Absatz hatten. Weil der Betrieb so glänzend ging, dachte natürlich bei uns kein Mensch daran, daß uns einmal gekündigt werden könnte. Und doch geschah es eines Tages. Niemand hatte das vorausgesehen. Mit der Begründung „Betriebs einschränkung“ wurden zwanzig Mann entlassen, unter denen auch ich mich befand.

Im Gefühl völliger Hilflosigkeit meldete ich mich auf dem Stempelamt zur Arbeitslosenunterstützung. An wen sollte ich mich wenden? Einer Organisation gehörte ich nicht an und ich sah keine Handhabe, gegen diesen Willkürakt etwas zu unternehmen. Aus Erfahrung wusste ich, daß unser Betrieb nicht schlecht ging, aber was konnte ich tun? „Was macht der Verband dagegen!“, drückte ich, ohne daß ich organisiert war. „Hier könnt ihr wieder sehen, was der Verband taugt“, sagte ich.

Trotzdem ich früher keine Beiträge zur Organisation zahlte, hatte ich genau sowenig wie die Organisierten. Die Phrasen vom Sparen der Beitragsmarken ist leeres Geschwätz! Ja, die Organisierten bekamen jetzt wenigstens noch einige Mark Unterstützung, die ich mir für eine Notzeit nicht hatte zurücklegen können. Hier kam mir der Gedanke, daß es doch wohl ganz gut gewesen wäre, wenn ich Beitragsmarken gekauft hätte. Doch jetzt nützte es mir nichts mehr, denn ich stand ja außerhalb des Betriebes. Eine gereizte Stimmung überfiel mich, die sich in Gleichgültigkeit auslöste.

Unterdessen hatte sich der Verband längst der Sache angenommen. Die wenigen Organisierten, denen auch gekündigt war, hatten sich mit ihrer Entlassung nicht ohne weiteres zufriedengegeben. Nachdem der Verband die Ursache der Kündigung nachprüfte, mußte er feststellen, daß nach der Entlassung dieser zwanzig Mann von einer anderen Grube eine Anzahl Arbeiter übernommen wurden. Man hatte eine Grube stillgelegt und wollte von dieser die Geblinde des Betriebsführers auf unserem Werk unterbringen. Deshalb wurden wir entlassen.

Schon einen Monat ging ich stempeln. Mit der Arbeitslosigkeit hatte ich mich, so gut es ging, abgefunden. Da erhielt ich eines Tages von unserem Werk ein Schreiben, daß ich zwecks Wiederaufnahme der Arbeit auf dem Büro vorstellig werden sollte. Als ich dort vor sprach, sagte man mir, daß ich nächste Woche wieder anfangen könnte. Die Nachricht, ich hätte in der Batterie gewonnen, würde mich nicht mehr erfreut haben.

Wieder stand ich an meinem Ofen und schürte, daß die Funken sprühten. Es war mir kein Geheimnis mehr, daß meine Wiedereinstellung nur der Klage des Verbandes zu danken sei. In der am Sonnabend abzuhaltenden Belegschaftsversammlung sollten wir Aufklärung erhalten.

In der Belegschaftsversammlung wies der Verbandsangestellte darauf hin, daß wir aus diesem Beispiel der Entlassung lernen könnten, wie man mit uns verfahren würde, wenn keine Organisation vorhanden wäre. Nur auf die Klage des Verbandes seien die Arbeiter wieder in den Betrieb gekommen. Die Entlassungen waren deshalb nicht gerechtfertigt, weil danach wieder andere Arbeiter eingestellt worden seien. Diese Ansicht vertrat auch das Gericht, weshalb in dem Vergleich der Arbeitgeber sich bereit erklärte, die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen.

Hätte ich diese Kündigungsangelegenheit nicht erlebt, ich wäre vielleicht heute noch unorganisiert. Mögen andere das früher erkennen, was mir erst durch die Erfahrung aufgezwungen wurde: die Gewerkschaft ist eine Notwendigkeit zur wirtschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiterschaft. Ohne sie wären wir allen brutalen Maßnahmen der Unternehmer hilflos ausgeliefert. Wenn die Notverordnung uns auch einige Fesseln auferlegt hat, wir müssen rüsten und werben, um in der Stunde des Zusammenstoßes stark und kampfbereit dazustehen! Um in diesem Kampfe nicht abseits zu stehen, ließ ich mich organisieren!

Paul Steiner.

Lebensmüde.

Die Zahl derer, die ihr Leben durch Freitod enden, ist in den letzten Jahren außerordentlich gestiegen. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern. So berichtet die „Deutsche medizinische Wochenschrift“. Am stärksten sind hier nach die Zahlen in Deutschland, der Schweiz und Japan. Von den deutschen Ländern wiesen die höchsten Freitodsziffern Hamburg, Sachsen und Thüringen auf.

Ausdrücklich wird anerkannt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Notzeit von wesentlichem Einflusse sind an der

Die Bergleute mahnen.

Ihr Herren, da droben am grünen Tisch:
 Kennt ihr des Bergmanns Los?
 Wißt ihr, was es heißt, mit müdem Leib
 und hungerndem Magen
 in den Schacht zu fahren?!
 Wir entziehen im Schweiß unseres Angesichts
 den bebenden Schächten die Kohlen —
 Ihr aber, anstatt unser Leben zu bessern,
 habt uns Lohnkürzung empfohlen...
 Für ein Hundegeld schuffen wir
 von früh bis spät und riskieren unser Leben.
 Was wären die Menschen, die Industrie,
 überhaupt die Welt ohne Kohlen?
 Denn, wenn unser starker Arm es will,
 stehen die letzten Räder still!
 Ihr Herren Minister, habt ihr schon bedacht,
 wenn ihr saget in warmen Zimmern,
 wie schwer es ist, aus schwarzer Nacht
 die vielen Kohlen zu trimmern? —
 Kommt her zum Pflü, und nehmt selbst in die Hand
 einmal Hacke und Schüppel!
 Arbeitet nur einen Tag lang gebückt
 und schlagt die Flüze in Stückel!
 Leistet nur einmal für den niedrigen Lohn
 unsere schwere Tagesfron.
 Nicht einen zweiten Tag würdet ihr
 zur fälligen Schicht mehr einfahren,
 und auch ihr würdet rufen:
 Bessern Lohn! Mehr Brot!
 Sicherheit für unser Leben!
 Darum rufen wir: Lindert unsere Not!
 Wir wissen, ihr könnt sie beheben!

W. Tillmann.

Steigerung der Freitodsziffer, aber auch noch andere Umstände sind anscheinend mitbestimmend, Umstände, die sich jedoch wahrscheinlich letzten Endes auch wieder zurückführen lassen auf die große Not.

Auch frühere Zeiten kannten ein Ansteigen der Freitodsziffer, und „jede Generation hatte in den letzten Jahrhunderten ihre besondere Verderbtheit aus der angeblichen Zunahme des Selbstmordes geschlossen“. Aber in der Beziehung sind wir doch heute aus der Not der Zeit heraus sittlich gereift, daß die Menschen den „Selbstmörder“ heute milder beurteilen, was ja auch in dem immer mehr anerkannten Worte Freitod zum Ausdruck kommt. „Der Selbstmord ist in letzter Zeit milder beurteilt worden“, heißt es hierüber in der genannten Zeitschrift, „einerseits aus der Erkenntnis heraus, daß ein größerer Teil durch Bestrafungslosigkeit oder geistig stark abnorme Veranlagung verursacht oder mitbedingt ist, andererseits infolge der wachsenden Geneigtheit der Bevölkerung, die Gründe zum Selbstmord in starkem Mitgefühl für die im Lebenskampfe Gescheiterten voll zu würdigen.“

Die tiefsten ethischen Wurzeln sind im wirtschaftlichen, sozialen Verstehen, im Mitleiden und Mitbegreifen aus der Umwelt der Menschen heraus.

Wer schwänzt die Schule?

Es ist erwiesen, daß das soziale Leben in hohem Maße auf die Schulfreudigkeit und die Arbeitslust der Kinder in der Schule einwirkt. So sind die Zusammenhänge zwischen sozialer Lage und Schwänzen der Schule einwandfrei festgestellt. Wie eine Arbeit von Ernst Haase beweist, stellen hierbei auch die Kinder einzelner stehender Frauen einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz. Das sind die Mütter, die ganz auf Erwerbsarbeit angewiesen sind. Die nur nebenbei Mutter sein können. Denen das soziale Leben die Pflege des Kindes vorenthält.

Wenn die Not des Lebens so viele dieser alleinstehenden Mütter schon zu einem Uebermaß von Erwerbsarbeit zwingt, dann sollte die Gesellschaft den Kindern dieser Mütter auch in ausreichendem Maße die Fürsorge und den Schutz bieten, den sie nötig haben und verlangen können. Und hier finden wir die Zusammenhänge zwischen dem Arbeitsleben und dem Einfluß, den die Arbeiterbewegung in den Gemeinden hat.

Was lesen die Arbeitslosen?

Wenn man bedenkt, daß die Benutzer der Volksbüchereien heute zu 60 bis 70 und mehr Prozent Arbeitslose sind, dann ist es ein erfreuliches Moment in dieser dunklen Zeit, zu erfahren, was da von diesen Arbeitslosen gelesen wird. Zahlen aus Köln zeigen, daß „unter der gefragten belehrenden Literatur Bücher über Sozialismus, marxistische Wirtschaft und über Revolutionen eine überragende Stellung einnehmen“. Dann folgen Heimatsgeschichte, Philosophie, Astronomie und dergleichen. Auch arbeitslos ist der Mensch des Volkes geistig nicht müde und teilnahmslos. Er sucht aus allem Chaos der Zeit nach einem Sinn.

Berufsunfälle vor 5000 Jahren.

Wir staunen oft über die ungeheure Leistung, die von jenen ägyptischen Menschen beim Bau der Pyramiden vollbracht worden ist. Ohne Maschinen wurden die Steintolosse aufeinander-gesetzt. Wie war das möglich?

Vielleicht sind sich die wenigsten dann dessen bewußt, daß es auch damals schon auf Kosten der Gesundheit der Schaffenden gegangen ist. So ruhig und gemächlich, wie mancher vielleicht denkt, vollzog sich dieser Pyramidenbau nicht.

Da wird jetzt von einer Papyrusrolle berichtet, in der unter anderem die Unfälle jener Zeit und die Heilung der Opfer beschrieben wird. Da werden neben Kriegsverletzungen auch die Unfälle beschrieben, und wir erfahren, daß diese Unfälle eine große Rolle spielten.

Das zeigen auch die Untersuchungen an fünf- bis sechstausrand altägyptischen Gebeinen, die man vorgenommen hat. Sie weisen bis über drei Prozent Knochenbrüche auf. Es ist nicht anzunehmen, daß gerade Knochenbrüche in solcher Zahl auf Kriege zurückzuführen sind. Die schwere Arbeit an den Pyramidenbauten trägt die Hauptlast. Das Unmaß der Arbeit, das man von jenen schaffenden Menschen vor 5000 Jahren verlangte. Und wenn wir über ihre Werte heute staunen, dann sollten wir auch der großen Opfer gedenken, die diese Werte erforderten, und in den Werken finden den Ausdruck des Könnens eines alten einfachen Volks und der Ausbeutung, der es offensichtlich ausgebeugt war.

Arbeit in der schulfreien Zeit.

Die schulfreie Zeit des Kindes soll vor allem den Schularbeiten dienen und der Erholung. Aber beim Arbeiterkinder spielt auch die Arbeit eine große Rolle in der schulfreien Zeit. Hierüber wurden an den Volksschulen in Mainz neuerdings Untersuchungen angestellt, deren Ergebnis wir in einer Arbeit in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege finden. Nach diesen Untersuchungen steigt die Bedeutung der Arbeit mit dem Fallen des sozialen Niveaus. In den beiden ersten Gruppen der Kinder in sehr guter und guter sozialer Lage spielt die Mitarbeit des Kindes keine Rolle, aber dann steigt die Kurve stark an. Besonders bei den Mädchen nimmt die Arbeit einen großen Teil des schulfreien Nachmittags ein. Damit tritt also das so notwendige Spiel der Kinder in der schulfreien Zeit um so mehr zurück, je schlechter die sozialen Verhältnisse sind, unter denen die Kinder leiden.

Wann entkeht das Berufsinteresse?

Man hat das Verhältnis von Allgemein- und Sonderbegabung bei Kindern und Jugendlichen untersucht und ist dabei zu einem auch praktisch bedeutsamen Ergebnis gekommen. Bis zur Pubertät ist nur eine Zunahme der Entwicklung der allgemeinen Fähigkeiten des jungen Menschen festzustellen. „Erst mit dem Einsetzen der Pubertät“, so berichtet die „Zeitschrift für Psychologie“, „wird diese Entwicklung durchkreuzt durch eine zunehmende Herausbildung der Sonderfähigkeiten“. Das heißt, das besondere Interesse für ein bestimmtes Gebiet und die besondere Fähigkeit, auf einem bestimmten Gebiete etwas zu leisten, setzt zuerst mit der Pubertät des jungen Menschen ein.

Bei der männlichen Jugend ist diese Entwicklung noch deutlicher festzustellen als bei der weiblichen. Jedenfalls beweist diese Tatsache, daß die Verlängerung der Schulzeit um ein Jahr, wie die Gewerkschaften sie verlangen, auch eine geistige und psychologische Notwendigkeit ist. Alle modernen Einrichtungen, wie Berufsberatung und dergleichen setzen die volle Ausprägung der Berufsneigung in den jungen Menschen voraus, und die zeigt sich nach diesen Untersuchungen bei der Schulentlassung heute in vielen Fällen noch nicht deutlich.

Das war der Krieg!

9 743 914 Tote, 20 927 458 Verwundete. Ueber drei Millionen Verschollene. Nach den Berechnungen von Charles Devinger verringerte sich infolge dieser Verluste die Bevölkerung von zehn europäischen Staaten um 35 Millionen Menschen. Und die ganze wahrhaft gelungene Operation kostete, wenig gerechnet, 840 Milliarden Goldfranken. Einige Statistiker versichern sogar, daß es rund 100 Milliarden englische Pfund waren, also 3400 Milliarden Schilling, was bei einer Weltbevölkerung von 1800 Millionen Menschen etwa 1888 Schilling pro Kopf (die Wilden inbegriffen) beträgt. Eine Summe, die ausreichen würde, die Armut der ganzen Welt zu beheben.

Und da finden sich heute noch Wahnsinnige, die es wagen, von einem neuen Kriege zu phantazieren!
 Krieg dem Kriege!

19. Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 1. Mai bis 7. Mai 1932

Kameraden!

Jeder Arbeiter, der seinen Warenbedarf bei Anhängern der Privatwirtschaft deckt, unterstützt diese im Kampf gegen die Arbeiterklasse und damit gegen sich selbst.

Jeder gewerkschaftlich- und klassenbewußte Arbeiter ist deshalb unter Beachtung der Beschlüsse unserer Gewerkschaftskongresse verpflichtet, Mitglied der Konsumgenossenschaft zu werden und dort seine Waren zu kaufen.

